

**RORSCHACH****Agglo St.Gallen > Rorschach**

Donnerstag, 3. April 2008

Drucken | Versenden | Kommentieren | Leserbrief

## «Mit grösserer Stadt gewinnen alle»

*Die Behörden künden die Grundsatzabstimmung über ein Projekt für eine allfällige Gemeindefusion Rorschach- Rorschacherberg an. Die Präsidenten Thomas Müller und Ernst Tobler sehen Vorteile für alle Einwohner.*

**Im Herbst 2007 haben der Stadtrat und der Gemeinderat – nach dem Nein des Gemeinderates Goldach zu einer «Stadt am See» – das neue Projekt zur allfälligen Fusion der Gemeinden Rorschach und Rorschacherberg gestartet. Seither hörte man dazu wenig. Wie weit ist das Vorhaben bearbeitet?**

Thomas Müller: Bis Ende 2007 liefen Vorabklärungen. Anfang 2008 konnten die Behörden dann Arbeitsgruppen einsetzen, besonders zu Fragen der Infrastruktur, zu den in nächster Zeit anfallenden Investitionen. Diese Grundlagenarbeit ist noch nicht spektakulär. An die Öffentlichkeit treten wir, wenn einigermaßen verlässliche Aussagen möglich sind. Bereits weit gediehen sind die Abklärungen zu den Finanzen unter Leitung von Ernst Tobler.

**Die beiden Gemeindebehörden haben das ehrgeizige Ziel, noch in diesem Jahr – am 30. November 2008 – die Grundsatzabstimmung durchzuführen. Lassen sich die grossen Fragen bis dahin klären?**

Müller: Wir halten uns an den im Gemeindevereinigungsgesetz des Kantons vorgesehenen Weg. Bei uns geht es in der Grundsatzabstimmung erst darum, ob die Bürger den Behörden den Auftrag erteilen, eine allfällige Fusion zu projektieren. Die Bürger legen sich damit noch nicht fest, sondern können dann aufgrund detaillierter Information frei entscheiden bei der Fusionsabstimmung.

Ernst Tobler: Unabhängig vom Verfahren sind wir der Auffassung, dass in dieser seit Jahren, ja sogar Jahrzehnten diskutierten Frage nun ein Schritt vorwärts getan werden muss. Und dies, ohne vorher Hunderttausende Franken auszugeben. Die Behörden müssen den Bürgern aufzeigen, wie sich die Schule, die Finanzen – wo wir als Ziel einen Steuerfuss in der Grössenordnung von 130 Prozent festgelegt haben – oder die Preise für Strom und Wasser entwickeln und ob sich das wirtschaftliche Potenzial gemeinsam besser nutzen lässt. Das ist innert eines Jahres möglich. Dann sollten die Bürger abwägen können, ob es sich lohnt, ein Fusionsprojekt anzugehen. Das ist auch eine hochinteressante staatspolitische Frage. Entgegen der landläufigen Meinung bin ich zu Gebietsreformen nicht negativ eingestellt. Wenn es qualitativ und quantitativ etwas bringt, soll man diese Möglichkeit nutzen.



**Neue Dimension: In einer Stadt Rorschach-Rorschacherberg gäbe es die vor 20 Jahren noch auf der Gemeindebroschüre eingezeichnete Grenze erst hoch oben, in vervierfachtem Abstand zum See.**

**Die Finanzen spielen dabei eine grosse Rolle. Ist diese Fusion – im Unterschied zu einer mit dem steuergünstigeren Goldach – denkbar ohne Steuererhöhung, in diesem Fall für die Rorschacherberger?**

Tobler: Ja, aufgrund der bisherigen Gespräche mit dem Kanton zeichnet sich eine solche Lösung ab. Eine Steuererhöhung am Horizont wäre für Rorschacherberger keine gute Voraussetzung. Und es kann auch nicht sein, dass wir Finanzbeiträge des Kantons kompensieren. Hingegen wird es sich für den Kanton mittelfristig lohnen, für diese Gemeindevereinigung etwas einzuschliessen, weil er später weniger Beiträge leisten muss. Wie Rorschacherberg hat auch Rorschach Wachstumschancen. Es scheint mir, dass diese nun genutzt werden, dass Resultate noch nicht ganz in der Scheune, aber bereits unter dem Vordach sind. Vergessen wir nicht, dass Rorschach über lange Zeit einen tieferen Steuerfuss hatte als Rorschacherberg.

**Wird der Kanton bis zur Grundsatzabstimmung eine Aussage machen zu seinem finanziellen Beitrag an eine allfällige Fusion?**

Müller: Wir werden ihn darum bitten. Eine verlässliche Aussage wird ihm allerdings erst möglich sein, wenn wir ein konkretes Fusionsprojekt erarbeiten.

Tobler: Aus Gesprächen mit Vertretern des Kantons habe ich den Eindruck, dass wir die Mittel, die wir benötigen, erhalten können. Dieser Beitrag würde sich auch für den Kanton lohnen. Zudem bin ich immer optimistisch...

**Für Rorschacher gibt es kaum Gründe gegen eine Fusion. Ein Teil der Rorschacherberger aber sieht die Gemeinde verschwinden, den Einfluss auf die Gemeindepolitik schwinden und Belastung bei den Finanzen. Was dürfen sie erwarten, wenn sie diesen Preis zahlen?**

Müller: Mittelfristig müssen auch die Einwohner von Rorschacherberg mit wirtschaftlicher Schwankung rechnen; auch bei Gemeinden gibt es solche Zyklen. Rorschach war in einem Tief, hat aber – wie Ernst Tobler erwähnte – ebenfalls Entwicklungspotenzial. Gemeinsam lässt sich dieses besser absichern für die Zukunft.

Tobler: Ein Verschwinden der Gemeinde Rorschacherberg und weniger Einfluss sehe ich nicht. Beide Gemeinden haben etwa gleich viele Stimmberechtigte, also regieren wir die neue Gemeinde paritätisch. Entscheidend ist, dass wir für die Stadt Rorschach-Rorschacherberg – wie ich die neue Gemeinde sähe – eine fitte Regierung und eine fitte Verwaltung formieren. Dann sind wir gemeinsam stärker und werden wieder mehr wahrgenommen als Stadt.

Müller: Rorschacherberg hat einen guten Stand erreicht. Rorschach hat seine Finanzen saniert und verfügt ebenfalls über Potenzial. Beides lässt sich gemeinsam besser absichern und nutzen. Es ist nicht so, dass Rorschacherberg Rorschach sanieren müsste. Mit einer grösseren Stadt können nun alle Einwohner gewinnen.

**Ein Beispiel für gemeinsame Nutzung von Potenzial ist die geplante Ansiedlung eines Unternehmens am östlichen Seeufer. Ist die Chance dafür noch intakt?**

Müller: Ja, wir sind kurz vor dem Ziel. Bis dahin ist weitere Knochenarbeit nötig und können wir noch nicht öffentlich kommunizieren. Bereits jetzt zeigt sich aber, dass eine solche Ansiedlung wirtschaftlich erst in einer vereinigten Gemeinde vollen Sinn macht. Wo Arbeitsplätze und wo Wohngebiete geschaffen werden und wo Steuern eingehen, ist dann nicht mehr ortsabhängig. In einer neuen Gemeinde gibt es eine Rollenteilung zwischen den Stadtteilen, wobei das ganze profitiert.

Tobler: Ohne das Potenzial unserer Region, das die Interessenten berechneten, wäre diese Ansiedlung nicht denkbar. Nebst dem dafür vorgesehenen Teil in Rorschach haben wir für dieses ganze Gelände am See ein gemeinsames Konzept. Das ist weiteres Potenzial für die Zukunft, aus dem wir miteinander mehr machen können. Ohnehin bin ich aufgrund des wachsenden Interesses von Investoren überzeugt, dass unsere Region an Wert gewinnen wird – noch verstärkt, wenn wir wieder besser wahrgenommen werden.

**Erfahrungen zeigen, dass Gemeindefusionen nur gelingen, wo die Bevölkerung in die Vorarbeit einbezogen wird. Wie und wann können Rorschacher und Rorschacherberger mitwirken? Erst bei der Grundsatzabstimmung im November oder schon vorher?**

Tobler: Dazu wird diese Abstimmung der erste wichtige Schritt. Wir fragen die Bürger, ob wir aufgrund der Eckdaten ein Projekt erarbeiten sollen. Bis dahin legen wir nichts fest über ihre Köpfe hinweg, und sie entscheiden erst über den Auftrag an die Behörden.

Müller: Jetzt werden hauptsächlich technische Fragen bearbeitet. Sobald Aussagen möglich sind, werden wir orientieren. Die eigentliche Mitwirkung der Bevölkerung setzt aber – wenn sie zustimmt – nach der Grundsatzabstimmung ein. Die politische Wertung der Fusionsfrage wird erst nach vertieften Abklärungen und Diskussionen möglich.

Interview: Fritz Bichsel

### **Neue Stadt als Einheitsgemeinde mit Parlament?**

Ob ein Projekt zur allfälligen Fusion von Rorschach und Rorschacherberg erarbeitet wird, entscheiden die Stimmberechtigten beider Gemeinden in getrennten Abstimmungen. Diese sind am 30. November 2008 an der Urne geplant. In Rorschach ist bisher jedoch die Bürgerversammlung zuständig. Der Stadtrat beantragt der Bürgerversammlung vom kommenden Dienstag, dies in der Gemeindeordnung zu ändern: über Gemeindevereinigungen auch im Grundsatz an der Urne abstimmen – für «breite Abstützung» und «verlässliches Stimmungsbild». Entschieden wird in den politischen Gemeinden. In Rorschach gehört zu dieser auch die Schule. Rorschacherberg hingegen hat eine Schulgemeinde. Theoretisch könnte diese in der fusionierten Stadt weiterbestehen. Praktisch ist aber kaum vorstellbar, dass die neue Gemeinde nur in einem Teilgebiet auch für die Schule zuständig wäre.

#### **VORHER INTERNE FUSION?**

Gemäss Auftrag der Bürger wird geprüft, ob auch Rorschacherberg Schule und Gemeinde zusammenlegen soll. Die Behörden beantragen den Bürgerversammlungen vom kommenden Mittwoch, bis in zwei Jahren ein Modell zu erarbeiten. So würde gegebenenfalls ganz Rorschach-Rorschacherberg eine Einheitsgemeinde. Wie soll sie regiert werden? Wieder mit einem Parlament wie Rorschach bis 2004?

#### **«PARLAMENT ERWÄGEN»**

«Das ist genau eine jener Fragen, die erst nach der Grundsatzabstimmung geklärt werden können und dann mit der Bevölkerung bearbeitet werden müssen», sagt der Rorschacher Stadtpräsident Thomas Müller. «Ich bin für jede Lösung offen. Weil sich die Zahl der Stimmberechtigten verdoppeln würde, gäbe es wieder mehr Auswahl für ein Parlament. Bei der aktuellen Arbeit für eine allfällige Fusion ist es von Vorteil, dass beide Gemeinden gleich organisiert sind, auch Rorschach ohne Parlament.»

Der Rorschacherberger Gemeindepräsident Ernst Tobler empfiehlt, «für eine Stadt mit 15 000 Einwohnern wieder ein Parlament zu erwägen». Man sei damit flexibler als mit der in der Regel nur einmal pro Jahr tagenden Bürgerversammlung. «Und ein Parlament könnte Schwung bringen für die neue Stadt.»

#### **PRÄSIDENT FÜR ÜBERGANGSZEIT?**

Sagen die Bürger ja, muss in Rorschacherberg ein neuer Gemeindepräsident die allfällige Gemeindefusion vorbereiten. Hat der Rücktritt von Ernst Tobler aufgrund seines Jahrgangs auch einen Zusammenhang mit der Fusionsfrage? «Nein, überhaupt nicht», sagt der noch bis Ende dieses Jahres amtierende Gemeindepräsident. «Bei Aufgaben, die auf Opposition stossen können, ist es allerdings von Vorteil, wenn sie jemand erfüllen kann, der den Rücken frei hat.»

Der neue Präsident oder die Präsidentin in Rorschacherberg wird vor der Grundsatzabstimmung über die Fusion gewählt, muss sich also auf Varianten einlassen: Nur einige Jahre Amtszeit oder längerfristiges Engagement; gegebenenfalls nach der Fusion eine Aufgabe in der grösseren Stadt übernehmen oder wieder ausscheiden. (fbi.)